

Aktuelle Debatte: Ist die EU reformierbar?

Editorial

Beat Weber

Die Debatte um das Verhältnis von emanzipatorischer Wirtschaftspolitik und Europäischer Integration begleitet Diskussionszusammenhänge wie den BEIGEWUM seit Anbeginn. Eine der ersten BEIGEWUM-Publikationen, „AuswEG Europa?“ (1988), war noch stark von dem in der damaligen österreichischen Linken prominenten Ansatz geprägt, die Europäische Gemeinschaft (EG) als Herrschaftsprojekt des (vor allem deutschen) Kapitals wahrzunehmen. In der Argumentation gegen die offizielle Rede vom Beitritt als Sachzwang wurden die Spielräume kleiner offener Volkswirtschaften im Alleingang bzw. in Allianz mit anderen Kleinstaaten betont.

Nach vollzogenem EG-Beitritt verlor die Beschäftigung mit Alternativen zur Integration ihre realpolitische Anziehungskraft. Dazu kam, dass die Krisen und Spannungen, die das Europäische Währungssystem in den 1980er und 1990er Jahren erlebte, und die zunehmenden Misserfolge von Abwertungen in EG-Mitgliedstaaten immer stärker als Argument für eine Vertiefung der Integration wahrgenommen wurden. In „Wege zu einem anderen Europa“ (1996) und „Was hat der Euro mit den Arbeitslosen zu tun?“ (1996) wurden eher die Modalitäten und Begleitmaßnahmen des Projekts für eine Europäische Währungsunion kritisiert, während das Projekt selbst als willkommene Maßnahme gegen die Unterminierung wirtschaftspolitischer Steuerung durch spekulative Kapitalflüsse interpretiert wurde.

Rund drei Jahrzehnte später ist die alte Debatte zwischen Pro- und Anti-Integrationismus wieder aufgeflammt. Die 2008 ausgebrochene Wirtschaftskrise hat eine Reihe von Peripherieländern in der EU in Finanzierungsnot gebracht, die durch Kredite der Staatengemeinschaft im Austausch gegen Austeritätsauflagen beantwortet wurden. Dies hat eine Debatte ausgelöst, die die Frage nach der Zukunft der Europäischen Integration in einer zuvor nicht gekannten Intensität aufgeworfen hat. Während die EU auf die Krise mit außergewöhnlichen Maßnahmen (Zentralbankinterventionen, Kreditfazilitäten) und institutionellen Reformen im Eiltempo (von Fiskalpakt bis Bankenunion) geantwortet hat, stellt sich angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Austeritätspolitik und anhaltender Blockade von Reformen zur Vergemeinschaftung von Fiskal- und Verteilungspolitik die Frage, ob eine Abkehr von einer neoliberalen Politik im bestehenden institutionellen Rahmen überhaupt möglich ist. Angesichts des bisherigen Scheiterns euro-keynesianischer Projekte (vgl. EuroMemo Group 2013), die Krise als Einstiegsfenster zu nutzen, wächst in letzter Zeit auch in der Linken die Zustimmung zu Desintegrations-Perspektiven (siehe dazu Heise 2013).

Die Positionierungen in dieser Debatte sind zum Teil aus politischen Grundhaltungen ableitbar, die zumeist in einer von zwei großen Strömungen der Linken wurzeln: Die eine

Strömung ist der Internationalismus, der dem globalen Charakter des Kapitals globale Einhegungen und Alternativprojekte entgegenstellen will. Die andere Strömung ist die des Antiimperialismus und des Befreiungsnationalismus, die den kleinen Nationalstaat in Peripherien als Bollwerk der Armen gegen den in großen Nationen und deren Dominanzverhalten verkörperten Kapitalismus interpretieren, und kleinräumige Autonomie vom Weltmarkt anstreben.

Beide Haltungen führen im Rahmen der aktuellen Debatte in eine jeweils spezifische politische Ambivalenz: Die Forderung nach Desintegration ist in der aktuellen Debatte sowohl in Form einer chauvinistischen Entsolidarisierungsgeste von Gruppen aus reichen Regionen als auch in Form eines Aufbegehrens marginalisierter Bevölkerungsgruppen an der Peripherie präsent. Die Forderung nach einer Vertiefung der Europäischen Integration wiederum ist sowohl Bestandteil von progressiven als auch von neoliberalen Antworten auf die Krise.

Positionierungen für eine EU-Reform oder Desintegration liegen meist implizite Annahmen zugrunde, was die Krisenursachen, die Einschätzung der Kräfte- und Machtverhältnisse und der Voraussetzungen für eine effektive Wirtschaftspolitik betrifft.

1. Die Frage der Krisenursachen: Sind Produktivitätsdifferenziale zwischen Volkswirtschaften, Lohndivergenzen, spekulative Kapitalströme innerhalb der EU, fehlende Integrationsschritte (Bankenunion, Transferunion, zentralisierte Fiskalpolitik etc.) oder externe Ursachen (US Finanzkrise, Deindustrialisierung Südeuropas durch den Aufstieg Chinas etc.) die zentrale Ursache der jüngsten Krise in der EU? Hat die EU die Internationalisierung und die neoliberale Wirtschaftspolitik erst hervorgebracht, oder hat sie sie bloß geformt und befördert?
2. Die Frage der Einschätzung der Kräfte- und Machtverhältnisse: Liegt das Festhalten an der neoliberalen Wirtschaftspolitik an unzureichender Veränderung der sie stützenden Kräfteverhältnisse, oder ist die EU ein von den Kräfteverhältnissen verselbständigtes Bollwerk einer konstitutionalisierten Agenda? Können linke Kräfte auf nationaler Ebene leichter an die Macht kommen und mehr bewirken? Oder ist es ein Teil des Problems, dass der Staat im Süden Europas viel stärker als anderswo als ein von Eliten gekapertem Apparat wahrgenommen wird, der kein Vertrauen genießt, egal wer an der Regierung sitzt, und sich - mit oder ohne EU - schon seit Jahrzehnten einer linken Wirtschaftspolitik erfolgreich widersetzt hat?
3. Die Frage der Einschätzung der Voraussetzungen für effektive Wirtschaftspolitik: Kann der Nationalstaat nationale Wirtschaftslenkung gegen internationale Verflechtung durchsetzen? Wären Abwertungen in stark importabhängigen kleinen Volkswirtschaften, die in extensive internationale Arbeitsteilung eingebunden sind, überhaupt effektiv? Stellt sich das Problem der Kapitalflucht auf EU-Ebene anders als auf nationaler Ebene? Falls effektive Wirtschaftspolitik Kapitalverkehrskontrollen braucht, ist EU-Mitgliedschaft überhaupt ein Hindernis für die Verhängung von Kapitalverkehrskontrollen, oder zeigt der Fall Zypern, dass es sogar im Euroraum geht? Überwiegen die Synergien einer EU-weiten Wirtschaftspolitik die Dysfunktionalitäten?

Diese kurze Auswahl aus einer Vielzahl von Fragen, die sich im Zuge der Debatte über die Reformierbarkeit der EU und mögliche nationale Alternativen stellen, zeigt das schier un-absehbare Ausmaß der Aspekte, die davon berührt sind. Im vorliegenden Debattenforum bilden wir mit Beiträgen von Joachim Becker und Brigitte Unger einen kleinen Ausschnitt davon ab, in der Hoffnung, eine Fortführung der Diskussion mit Tiefgang zu befördern.

Literatur

BEIGEWUM (1988) AuswEG Europa?, Wien.

BEIGEWUM (Hg., 1996) Wege zu einem anderen Europa, Köln.

BEIGEWUM (1996) Was hat der Euro mit den Arbeitslosen zu tun?, Wien.

EuroMemo Group (2013) Die Krise in der Europäischen Union verschärft sich. Ein grundlegender wirtschaftspolitischer Wandel ist notwendig – EuroMemorandum 2013, in: Kurswechsel 1/2013, 92-97.

Heise, Arne (2013): Auf den Ruinen des Neoliberalismus. Wolfgang Streecks Vision eines besseren Europas – eine Replik, in: Kurswechsel 1/2013, 98-104.